



# Die Krisen bewältigen und grün investieren!

von Fritz Kubn, Alexander Bonde, Gerbard Schick

## Der Staat als Retter in der Not

Die internationalen Finanzmärkte sind in einer schweren Krise, die in den vergangenen Wochen an Schärfe weiter zugenommen und auch Deutschland mit voller Wucht erfasst hat. Die Stützung der Mittelstandsbank IKB im Juli 2007 war nur der Auftakt beispielloser staatlicher Rettungsaktionen, die mit dem Milliardenpaket für die Hypo Real Estate und dem Rettungspaket der Bundesregierung einen – zumindest

vorläufigen – Höhepunkt erreicht haben. Mittlerweile hat die Finanzkrise auch die Realwirtschaft erfasst. Dabei werden die Gefährdungen durch bereits vorher bestehende Strukturprobleme (z.B. Rohstoffverknappung) und Innovationsschwächen (z. B. in der Automobilbranche) verschärft. Jahrelang haben sich Finanzinstitute und Wirtschaftsverbände, aber vor allem auch Union und FDP gegen bessere Regulierungen der Finanzmärkte gewehrt und sie als überflüssige staatliche Eingriffe abgelehnt. Die SteuerzahlerIn er-

hält jetzt die Rechnung: Während die enormen Gewinne selbstverständlich privatisiert wurden, soll die Allgemeinheit für die Verluste aufkommen. In der Krise flüchten sich eben jene Akteure in die rettenden Arme des Staates, die zuvor möglichst wenig von ihm wissen wollten. Die bisherigen nationalen und internationalen Regeln waren nicht ausreichend, um diese Krise zu verhindern. Das eigentliche politische Problem besteht darin, dass die Risiken nicht – jedenfalls nicht in erster Linie – bei denen

zurückschlagen, die sie eingegangen sind, sondern bei vielen, die mit den Risiken gar nichts zu tun hatten, zum Beispiel bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die jetzt die Zeche zahlen müssen. Das Rettungspaket der Bundesregierung ist eine Maßnahme für den aktuellen Notfall. Der Staat gibt damit Milliardenbeträge an Banken, die noch immer nach den alten Regeln des Finanzmarkts arbeiten. Problematisch ist nicht zuletzt die Ausgestaltung des Pakets, wobei zwei Aspekte besonders wichtig sind. Erstens: Wir wollen eine intelligente Form der Teilverstaatlichung. Deshalb sind uns die konkreten Einflussmöglichkeiten des Staates auf diejenigen Unternehmen, die Gelder aus dem Paket in Anspruch nehmen, viel zu gering. Bei der Commerzbank beispielsweise geht der Staat nur als stiller Teilhaber in das Unternehmen, hat also keine formellen Handlungsmöglichkeiten. Und zweitens: Der Deutsche Bundestag hat nur sehr bescheidene Kontrollmöglichkeiten über den konkreten Einsatz der Instrumente. Die Abgeordneten der großen Koalition haben ihrer Regierung hier einen Blankoscheck ausgestellt und das Budgetrecht – das Königsrecht des Parlaments – leichtfertig aus der Hand gegeben. So kann es nicht weitergehen. Für die Zukunft muss der Gesetzgeber sicherstellen, dass derartige Hausrück-Maßnahmen nicht mehr notwendig sind. Das geht nur, wenn die Finanzmärkte neue Regeln bekommen. Regulierungs- und Verantwortungslücken müssen endlich geschlossen werden. Eine neue Finanzmarktverfassung ist nötig, und sie muss auf allen Ebenen gelten: national, EU-weit und international. Dabei müssen sich alle Maß-

nahmen an den Kernpunkten Stabilität, Verbraucherschutz und Ökologie orientieren.

## Mit Grüner Marktwirtschaft gegen Markt- und Politikversagen

Wir Grüne stehen dafür, dass jetzt Lehren und politische Konsequenzen aus der Krise gezogen werden – auf globaler, europäischer und nationaler Ebene. Dabei sehen wir die Herausforderung, die Finanz-, die Klima- und die Nahrungsmittelkrise zugleich zu bewältigen. Alle drei Krisen sind das Ergebnis globalen Markt- und Politikversagens und erfordern korrigierende Eingriffe der Politik in Bezug auf die Rahmenbedingungen und Standards, die für die Märkte gelten. Ohne einen tiefgreifenden ökologischen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft lässt sich weder die Finanz-, noch die Klima- oder die Hungerkrise lösen. Das Wirken der Finanzmärkte in den vergangenen Jahren war auch in den nicht krisenhaften Zeiten problematisch. So hat der Druck zur kurzfristigen Renditemaximierung soziale und ökologische Probleme verstärkt. Für uns Grüne ist deshalb klar, dass sich die Konsequenzen aus der Krise nicht auf einige Detailänderungen an den bestehenden Regulierungsvorschriften oder auf eine Erhöhung der Transparenz und Verbesserung der Aufsicht beschränken können, so richtig diese Forderungen sind. Wer sich wie CDU/CSU und FDP darauf beschränkt, hat nichts verstanden oder will nicht handeln. Es ist jetzt an der

Zeit, einen effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt. Denn wir wissen, dass wir für die Herausforderungen des Klimawandels und zur Bekämpfung der globalen Armut auch auf die Dynamik und Innovationskraft funktionierender Märkte angewiesen sind. Die globalen Finanzmärkte müssen wieder auf ihren eigentlichen Zweck, die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und die Übernahme von Risiken zurückgeführt werden. Deshalb fordern wir als konkrete Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte u. a.

- eine größere Transparenz und Unabhängigkeit bei Rating-Agenturen,
- die stärkere Kontrolle und die Registrierung von Derivaten sowie
- die Einführung einer Finanzumsatzsteuer.

Die neuen Regeln der Finanzmärkte müssen für alle und überall gelten. Eine entsprechende Finanzmarkt-aufsicht muss dies sicherstellen.

## Investieren in die Zukunft – für einen Grünen New Deal

Nach dem Durchschlagen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft hat die Bundeskanzlerin gezielte Maßnahmen zur Konjunkturbelebung gefordert, insbesondere für die Automobilindustrie. Nun rächt sich, dass die Regierung den Aufschwung seit 2006 nicht für echte Strukturreformen genutzt hat. Deshalb ist der Kanzlerin jetzt auch nur ein blindes Konjunkturprogramm ohne Gestaltungsanspruch einge-

fallen, wobei sich darunter manch sinnvolle Einzelmaßnahme findet. Wir Grüne stellen dem eine Alternative entgegen: ein nachhaltig wirkendes Investitionsprogramm, um gegen die Wirtschaftskrise anzukämpfen. Wir wollen damit gleichzeitig andere drängende Probleme angehen, wie die Klimakatastrophe, die Bildungsmisere und die soziale Ungerechtigkeit. Dies ist politisch zwingend, und wenn man es richtig macht, sichert und schafft es Arbeitsplätze. Wir wollen mit grünen Ideen die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Die ökologische Modernisierung im Kampf gegen die Klimakatastrophe senkt die Folgekosten einer falschen Energie- und Verkehrspolitik. Investitionen in Bildung sind sozial gerecht und

machen uns als Innovationsland fit. Und die Unterstützung der Ärmsten in unserer Gesellschaft ist ein moralisches Gebot und wirkt in Bezug auf die Konjunktur. Dabei können wir einen Teil der vorgezogenen Investitionen aus Einsparungen bzw. durch Subventionsabbau finanzieren. Zudem wollen wir Mittel aus dem Emissionshandel verwenden und den Solidaritätszuschlag in einen „Bildungssoli“ umwandeln. Grüne Investitionspolitik spart an den richtigen Stellen, schichtet klug um und vermeidet durch vorgezogene Investitionen Folgekosten. Mit solchen Strategien und Maßnahmen kann es gelingen, die Krisen zu bewältigen, grün zu investieren und unser Land nach vorne zu entwickeln.

Weitere Informationen zum Thema:

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

» Themen A-Z » Finanzen



**Fritz Kuhn MdB**  
ist Fraktionsvorsitzender



**Alexander Bonde MdB**  
ist Sprecher für Haushaltspolitik



**Gerhard Schick MdB**  
ist Sprecher für Finanzpolitik

## Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten für mehr Vertrauen

Die gegenwärtige Krise hat deutlich gemacht, dass es um den Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten schlecht bestellt ist. Unser Ziel ist es, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken, denn sie sind diejenigen, die ihr Geld dem Markt anvertrauen. Wir brauchen verlässliche Finanzmärkte mit eindeutigen Regeln und vor allem mit mehr Transparenz. Konkret fordern wir u. a.:

- eine stärkere Position der Anlegerinnen und Anleger, damit ihre Interessen gegenüber der Finanzwirtschaft, den Aufsichtsbehörden und dem Gesetzgeber besser vertreten werden,
- die finanzielle und personelle Stärkung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Verbraucherschutz als neuer Kernaufgabe,
- die Einführung sogenannter Finanz-Watchdogs, die den Markt beobachten, Aufklärungsarbeit leisten und im Interesse der Kundinnen und Kunden agieren,
- die Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Durchsetzung ihrer Rechte, indem Sammelklagen erleichtert werden und die Beweislast bei Falschberatungen umgekehrt wird,
- die Unterstützung der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Berücksichtigung ökologischer, sozialer oder ethischer Anlagekriterien,
- klare und einheitliche Regelungen bezüglich der Informationen und der Offenlegung der Risiken von Finanzprodukten,
- die Einführung finanzieller Vorsorge-Checks durch unabhängige Beratung und ein Bundesprogramm Finanzaufklärung.